

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Röhrlitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebspreis: Aue 11, Röhrlitz (inkl. Aue) 11, Schneeberg 12, Schwarzenberg 11. Stadtanschrift: Volksfreund Erzgebirg.

Wichtiges Warnung für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis vorwärts 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Die Gewähr für die Richtigkeit der Angaben an vorgedruckten Stellen kann nicht übernommen werden. Für die Richtigkeit der Angaben an den Stellen der Geschäftsstellen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Übertragungen des Geschäftsverkehrs begründen keine Ansprüche. Die Zustellungsgarantie und Rückgabe gelten nur für die Zeit der Zustellung. Geschäftsstellen in Aue, Röhrlitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 119.

Donnerstag, den 22. Mai 1924.

77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Das Finanzministerium hat den Direktor sowie mehrere sachverständige Beamte der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege mit der Untersuchung der bestehenden und bestehenden Gewässer im Freistaat Sachsen auf ihren Reinheitsgrad beauftragt. Den Herren sind entsprechende Zusätze ausgehändigt worden.

Es wird ersucht, ihnen die Entnahme der hierzu erforderlichen Wasserproben, das Betreten und die Beschädigung der in Frage kommenden Grundstücke und gewerblichen und sonstigen Anlagen zum Zwecke der Untersuchung der Wasser- und Abwasseranlagen zu gestatten.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 20. Mai 1924.

Schwarzenberg. Öffentliche Impfung.

Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen der Erstimpflinge finden statt: Dienstag, den 27. Mai 1924, nachm. 3 Uhr in der Bürgerschule zu Schwarzenberg (Schulsaal) für die Kinder aus Alt-Schwarzenberg; Mittwoch, den 28. Mai 1924, vorm. 11 Uhr in der Schule zu Sachtleben für die Kinder aus dem Stadteil Sachtleben; Mittwoch, den 28. Mai 1924, vorm. 12 Uhr in der Schule zu Wildenau für die Kinder aus dem Stadteil Wildenau; Freitag, den 30. Mai 1924, vorm. 11 Uhr in der Schule zu Neuwelt für die Kinder aus dem Stadteil Neuwelt. Alle geimpften Kinder sind eine Woche später, und zwar in demselben Raum, wo sie geimpft worden sind und zu derselben

Zeit dem Impfling zur Nachschau vorzustellen. Impfpflichtig sind: 1) Die im Jahre 1923 geborenen Kinder, 2) die in den Vorjahren wegen Krankheit oder aus sonstigen Gründen nicht zur Impfung gelangten oder ohne Erfolg geimpften Kinder, soweit sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse die natürlichen Blattern überstanden haben. Betreffend von der diesjährigen Impfung sind die Kinder, welche nach ärztlichem Zeugnisse ohne Gefahr für ihr Leben oder ihre Gesundheit nicht geimpft werden können. Das Schülern, in denen ansteckende Krankheiten wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Keuchhusten, Flecktyphus, ruhrartige Entzündungen oder natürliche Pocken in letzter Zeit vorgekommen sind, dürfen Kinder zum öffentlichen Impftermin nicht gebracht werden. Die Eltern, Pächtern oder Vormünder, die ihre impfpflichtigen Kinder zu den öffentlichen Impfungen nicht bringen, haben für das Ausbleiben ihrer Kinder ein ärztliches Zeugnis oder bei erfolgter Privatimpfung den Impfschein sofort nach der öffentlichen Impfung im Einwohneramt vorzulegen. Kinder mit unheilbarem Körper oder schwachen Kindern können vom Impftermin zurückgewiesen werden.

Schwarzenberg, am 19. Mai 1924. Der Rat der Stadt. Pol.-Abt.

Das von der Amtshauptmannschaft Zwickau auf Grund der Ermächtigung des Ministeriums des Innern genehmigte Ortsgesetz für die Polizeiquartierung der Stadt Schwarzenberg vom 29. April 1924 wird hiermit bekannt gemacht. Dasselbe liegt vom Tage dieser Bekanntmachung ab vierzehn Tage lang im Stadthaus II, Zimmer Nr. 8, während der öffentlichen Dienststunden zur Einsichtnahme aus.

Schwarzenberg, am 15. Mai 1924. Der Rat der Stadt.

Schneeberg. Weichenfrauenbeiträge. Der von den Stadtpatern beschlossene 1. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Einteilung der Stadt Schneeberg in Weichenfrauenbezirke wird hiermit verkündet. Er liegt zwei Wochen lang in der Hauptgeschäftsstelle zur Einsichtnahme aus. Hiernach wird dieses Ortsgesetz mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Schneeberg, den 17. Mai 1924. Der Stadtrat.

Lauter. Beschlossen bleiben wegen vorzunehmender Reinigung Donnerstag, den 22. bis 24. Mai, die öffentlichen Abfallbehälter. Dringende Ständesammlungen am Donnerstag werden von 11 bis 12 Uhr vorm. erledigt.

Lauter, am 20. Mai 1924. Der Gemeindevorstand.

Ruhholzersteigerung. Unterwiesenthaler Staatsforstrevier.

Sonnabend, den 31. Mai 1924 vorm. 10 Uhr im Bahnhofsrestaurant in Annaberg

744 m H. Höhe 7/15 cm, 204 m H. Höhe 16/22 cm, 27 m H. Höhe 23 u. m. cm, 3,0 u. 3,5 m lang, 110 m Durchmesser, 9 m Durchmesser, Hbl. 43-52, 59, 70, 79-85, Bruchböiger.

Forstamt Unterwiesenthal. Forsthaus Schwarzenberg.

Erst die Partei...

Es ist schon ein richtiges Gezerre, was in Berlin vor sich geht. Die Herren Fraktionsgewaltigen scheinen die Ansicht zu haben, daß sie sich im alten Reichstag noch nicht genug blamiert haben. Sie beginnen den neuen Abschnitt der Reichsgeschichte mit kindischem Gezänke um die Macht, d. h. um die Futterkappen, und scheinen nichts gelernt und nichts verstanden zu haben. Das Volk aber fragt sich, weshalb man eigentlich den „neuen“ Reichstag gewählt hat, wenn schon sehr klug ist wie eine Fortsetzung der alten Melodie, die wir ja zur Genüge kennen.

Auf einmal werden alle Grundsätze des Parlamentarismus auf den Kopf gestellt. Die bösen Rechtsparteien sollen um die Früchte ihres Wahlsieges gebracht werden, deshalb sagt man plötzlich, daß die Stärke einer Partei nicht maßgebend sei für die Besetzung der Ministerposten und des Amtes des Reichstagspräsidenten. Man will diese vielmehr von gewissen Erklärungen abhängig machen, welche die Rechtsparteien abgeben sollen. Sie sollen also gewissermaßen ihre Politik festlegen, ehe man sie an das Regieren heranlassen will. Die jetzige Reichsregierung spielt dabei die Rolle des Schulmeisters, mit erhobenem Finger belehrt sie die Deutschnationalen über das, was sie zu tun und zu lassen haben. Sie überschreitet damit natürlich ihre Kompetenzen, die für alle Vernünftigen heute doch nur darin bestehen, möglichst schnell und lautlos zu verschwinden. Ihr offizielles Nachrichtenbüro fälscht Tatsachen zu dem Zwecke, die öffentliche Meinung gegen die nun einmal bei den Wahlen zum Ausdruck gekommene Tendenz einzunehmen. So wurde gestern gemeldet, daß die Deutschnationalen die Demokraten zu der Besprechung, die am heutigen Mittwoch stattfinden soll, nicht eingeladen hätten, und dabei verschwiegen, daß die Einladung „einstweilen nur“ an Zentrum, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei geschickt worden ist, weil die Einladenden davon ausgingen, daß so am raschesten eine Klärung der Lage herbeigeführt würde. Also ist von einer Uebergehung der Demokraten keine Rede. Schließlich muß man es doch den Deutschnationalen überlassen, wie sie bei den Verhandlungen faktisch vorgehen wollen. Die Demokraten, die natürlich niemals daran gedacht hätten, an die Rechtsparteien heranzugehen, wenn sie in deren Lage gewesen wären, spielen nun die Beleidigten. Sie können sich noch nicht daran gewöhnen, daß sie absolut keinen Anspruch darauf haben, die erste Geige zu spielen, nachdem die Wahl erklant gegen sie entschieden hat.

Welche Unterschiede bestehen eigentlich zwischen der Auffassung der alten Koalitionsparteien und der heute stärksten Partei des Reichstages über die Gutachten? Die Marx und Konforten haben das Gutachten angenommen, haben aber trotzdem gewisse Vorbehalte gemacht, sie haben es also in Wirklichkeit nicht angenommen. Ihre Politik ist also durchaus unklar und schwankend. Die Deutschnationalen wollen verschiedene Punkte (wie z. B. die Ehrenfragen und die Frage der Räumung des gegen alles Recht besetzten Ruhrgebietes) geklärt wissen, ehe sie sich in Verhandlungen über die Gutachten einlassen. Man sieht also, daß es im Grunde genommen ein Streit um des Kaisers Bart ist, hier in Berlin ausgefochten wird. Die ehrlichere Politik ist jedenfalls die der Deutschnationalen. In Wirklichkeit ist aber dieser Streit nur vorgegeben. Es handelt sich lediglich um einen Kampf

um die Macht im Innern des Reiches. Die heutigen Koalitionler fürchten mit Recht die Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten, die ein Wechsel in der Regierung für manche Parteien naturgemäß mit sich bringt, und hoffen, durch das Vortausziehen der Verhandlungen möglichst viel für sich herauszuschlagen. Dabei kommt es ihnen nicht darauf an, die demokratisch-parlamentarischen Grundsätze einfach umzubiegen. Es geht also wieder einmal nicht um das Vaterland, sondern um die Partei. Die Grundlagen unseres innerpolitischen Lebens bestehen also leider noch wie vor. Wird sich das deutsche Volk das noch lange mit ansehen?

Einigungsverhandlungen in Berlin.

Berlin, 20. Mai. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, werden die vier Parteien der Mitte des Reichstages, nachdem inzwischen auch die Demokraten von den Deutschnationalen eingeladen worden sind, der Einladung der Deutschnationalen zur gemeinsamen Besprechung über die Regierungsabildung am Mittwoch vormittag folgen. Die Verhandlungen der fünf Parteien werden auf der Grundlage von Richtlinien für die Außenpolitik stattfinden, welche von der Deutschen Volkspartei ausgegangen sind. Bei der Aufstellung dieser Richtlinien ist gesüßlich von jeder ultimativen Form abgesehen worden.

Berlin, 20. Mai. Der Führer der Nationalliberalen Vereinigung Marek ist den Wählern zufolge der deutschen nationalen Volkspartei beigetreten.

Nicht tragbar!

Berlin, 20. Mai. Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften Deutschlands haben sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs und Englands in Verbindung gesetzt, um zu versuchen, Abänderungen des Vorschlages der Sachverständigen bezüglich der Reichsbahn zu erzielen, da die Vorschläge in ihrer gegenwärtigen Form von den deutschen Gewerkschaften als nicht tragbar für die breite Masse betrachtet werden.

Berlin, 20. Mai. Reichstagspräsident Lohse forderte in einer sozialdemokratischen Versammlung in Breslau, dem „Vorwärts“ zufolge, u. a. daß die Politik der Partei sich jetzt auf einige durchführbare Punkte konzentriere, und zwar zunächst die Annahme des Sachverständigenrats. Eine Festslegung der Fraktion in der Frage der Regierungsabildung, wie sie vereinzelt in Breslau durch den Parteitag gefordert worden war, lehnte Lohse als eine gefährliche Lähmung der Aktionskraft der Partei energisch ab.

Berlin, 20. Mai. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, beabsichtigt der bisherige Reichstagspräsident Lohse im Einverständnis mit der Reichsregierung, den neuen Reichstag am 27. Mai nachmittags 3 Uhr einzuberufen. Die endgültige Festslegung des Einberufungstermins ist jedoch erst möglich, nachdem der bisherige Reichstagspräsident mit den Parteiführern des neuen Reichstages Fühlung genommen hat. Eine beratende Besprechung ist auf heute nachmittags 5 Uhr angesetzt worden.

Berlin, 20. Mai. Ueber die Verteilung der Plätze im Reichstag wird mitgeteilt: Die Nationalsozialistische Freiheitspartei (früher deutschnational) erhebt Anspruch, auf der äußersten Rechten zu sitzen. Dieser Antrag wurde von den Deutschnationalen bestritten. Die Parteiführer entschieden dann mit fünf gegen vier Stimmen, daß die Deutschnationalen ihre bisherigen Plätze behalten. Runneberg

protestierte die Deutsche Volkspartei dagegen, daß die Nationalsozialisten ihre Plätze zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei erhalten sollen. Dieser Protest wurde mit fünf gegen vier Stimmen abgewiesen. Die endgültige Anordnung der Plätze ist also von rechts nach links folgendermaßen: Erste Gruppe: Deutschnationale, zweite Gruppe: Nationalsozialistische Freiheitspartei, dritte Gruppe: Deutsche Volkspartei, vierte Gruppe: Bayerische Volkspartei. Weiter nach links schließt sich an als fünfte Gruppe der Wirtschaftsbund, als sechste Gruppe folgt das Zentrum, als siebente Gruppe die Demokraten, als achte Gruppe die Sozialdemokraten und als neunte Gruppe

Einheitsfront gegen Deutschland.

Mailand, 20. Mai. Das Ergebnis der belgisch-italienischen Ministerzusammenkunft stellt sich nach dem Communiqué und den ersten Pressecommentaren wie folgt dar: Einheit der beiderseitigen Ansicht, die zu einer Einheit der diplomatischen Aktion führen wird. Das ist sowohl von Mussolini als auch von Theunis den Journalisten gegenüber als wesentlichstes Ergebnis hervorgehoben worden, ferner der Wille, nunmehr auf Grund des Sachverständigenplanes rasch zu einer Lösung zu kommen, Monitum zu lokaler Inkraftsetzung und Ausführung des Sachverständigenplanes an Deutschland, das diesmal die gesamte Entente gegen sich geeinigt finden würde, Aussicht, über die Sanktionsfrage zu Vereinbarungen zwischen den Alliierten zu gelangen, Vorschlag einer Konferenz der Alliierten, welche die vorher auf diplomatischem Wege zu findende Vereinbarung bestätigen soll, Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes, unabhängig von den interalliierten Schulden, welche jedoch mit der endgültigen Lösung der Frage des Gesamtbetrages verknüpft bleibt. Eine schriftliche Festlegung des Ergebnisses der Konferenz hat nach einer Erklärung Theunis' an die Journalisten nicht stattgefunden.

Der italienisch-tschechische Vertrag.

Rom, 20. Mai. Der italienisch-tschechische Vertrag ist bis auf die Unterschriften abgeschlossen. Er dürfte die Bezeichnung „Vertrag über ein nützliches Zusammenarbeiten zwischen Tschechoslowakei und Italien“ erhalten. Der Vertrag wird, wie verlautet, keinerlei militärische Klauseln enthalten. (?) Er wird die Bestimmungen des italienisch-südslawischen Vertrages, von dem er aber durchaus unabhängig ist, nicht überschreiten.

Die Antwort an Rußland bleibt geheim.

Berlin, 20. Mai. Das Reichskabinett hat gestern mehrere Stunden über die russische Antwort beraten. Eine Antwort ist bisher nicht formuliert, jedoch ist das Reichskabinett übereingekommen, daß eine Veröffentlichung der Antwort nicht erfolgen soll.

Die Russen drängen England um Geld.

London, 20. Mai. Die russische Delegation überreichte der britischen Delegation ein Memorandum über die Wiederherstellung des russischen Kreditens auf dem englischen Markt. Die Russen erklärten, wenn sie mit Hilfe der englischen Regierung eine langfristige Anleihe erhalten, würden die Sowjets eine Summe beisteuern, um damit die russischen Vorkriegsschulden an englische Staatsangehörige zu decken. Die britischen Delegierten erwiderten, daß man den russischen Vorschlag eingehen prüfen müsse, ehe ein Urteil über ihn gefällt werden könnte. Die Russen drängen in die Engländer, ihr Ansuchen zu tun, um ihnen zu einer Anleihe zu verhelfen, welche Rußland instand setzen würde, seine Vorkriegsschulden zu regeln, die wirtschaftliche Struktur Rußlands wiederherzustellen und den russischen Handel zu entwickeln. Eine Teilnahme der russischen Staatsbank würde der Anleihe eine solide Sicherheit geben. Die Engländer ihrerseits haben hervor, daß die britische Regierung unmöglich eine Anleihe garantieren könne, obwohl sie gegenüber den Bemühungen der Sowjets, eine private Anleihe unterzubringen, eine wohlwollende Haltung einnehmen würde.